



Stadt Leverkusen

Antrag Nr. 2026/0400

Der Oberbürgermeister

I/01-011-20-06-he

Dezernat/Fachbereich/AZ

03.06.2026

Datum

Beratungsfolge	Datum	Zuständigkeit	Behandlung
Bezirksvertretung für den Stadtbezirk I	22.06.2026	Entscheidung	öffentlich

Betreff:

Wirksame Kontrollen und Abhilfe bei der Parkplatzsituation in der Pregelstraße
- Antrag der AfD-Fraktion vom 03.06.2026

Anlage/n:

0400 - Antrag



AfD-Fraktion

in der BV I

Wiesdorfer Platz 3
513 Leverkusen
info@afdfraktion-lev.de

Frau
Bezirksbürgermeisterin
Michaela Di Padova

Per Mail via Sitzungsdienst

Leverkusen, den 3.6.2026

Anfrage: Wirksame Kontrollen und Abhilfe bei der Parkplatzsituation in der Pregelstraße

Sehr geehrte Frau Bezirksbürgermeisterin,

wir bitten Sie folgenden Antrag auf die TO der nächsten Sitzung der BV 1 zu stellen:

Beschluss:

Die Bezirksvertretung beschließt:

Die Verwaltung wird beauftragt, zur Verbesserung der weiterhin ungenügenden Parkplatzsituation in der Pregelstraße ein Maßnahmenpaket vorzulegen und umzusetzen.

Dieses Maßnahmenpaket soll insbesondere folgende Punkte umfassen:

1. Verstärkte Kontrollen durch das Ordnungsamt

Die Pregelstraße ist über einen Zeitraum von zunächst sechs Monaten deutlich intensiver und lageangepasster zu kontrollieren. Die Kontrollen sollen insbesondere in den Abendstunden, nachts, am frühen Morgen sowie an Wochenenden stattfinden, da gerade zu diesen Zeiten erfahrungsgemäß regelwidriges Parken durch Transporter, Lieferfahrzeuge und sonstige Fahrzeuge gehäuft auftritt.

2. Verbindliche Erfassung telefonischer Bürgerhinweise

Alle telefonischen Hinweise und Beschwerden zur Parkplatzsituation in der Pregelstraße sind künftig nachvollziehbar zu erfassen. Die Erfassung soll mindestens Datum, Uhrzeit, Beschwerdegrund, gemeldete Örtlichkeit, Art des mutmaßlichen Verstoßes und die Reaktion der Verwaltung beziehungsweise Verkehrsüberwachung enthalten. Bürgerhinweise dürfen nicht folgenlos bleiben oder statistisch unsichtbar werden.

3. Rückmeldung über Einsätze und Nicht-Einsätze

Die Verwaltung wird gebeten darzustellen, wie künftig sichergestellt wird, dass bei konkreten telefonischen Hinweisen tatsächlich eine lageabhängige Prüfung erfolgt. Sofern kein Außendienst entsandt wird, ist intern zu dokumentieren, aus welchem Grund dies nicht geschieht.

4. Quartalsbericht an die Bezirksvertretung

Die Verwaltung legt der Bezirksvertretung für die Dauer eines Jahres quartalsweise einen kurzen Bericht zur Pregelstraße vor. Dieser Bericht enthält insbesondere:

- a. Anzahl der Bürgerbeschwerden, getrennt nach schriftlichen und telefonischen Hinweisen,
- b. Anzahl und Uhrzeit der Kontrollen,
- c. Anzahl und Art der festgestellten Parkverstöße,
- d. Anzahl der Verwarn- und Bußgelder,
- e. festgestellte Schwerpunkte,
- f. Vorschläge für weitere Abhilfe.

5. Prüfung zusätzlicher verkehrsrechtlicher Maßnahmen

Die Verwaltung prüft, welche verkehrsrechtlichen Maßnahmen geeignet sind, die Situation in der Pregelstraße nachhaltig zu verbessern. Zu prüfen sind insbesondere:

- a. Bewohnerparkregelungen, soweit rechtlich möglich,
- b. Parkverbote oder eingeschränkte Haltverbote an Engstellen,
- c. Markierung zulässiger Stellflächen,
- d. Maßnahmen gegen das dauerhafte Abstellen von Transportern und gewerblich genutzten Fahrzeugen,
- e. bauliche oder ordnungsrechtliche Maßnahmen zur Sicherung von Zufahrten, Gehwegen und Sichtbeziehungen.

6. Erneute Prüfung alternativer Stellflächen

Da die Verwaltung die Freigabe des Kita-Parkplatzes außerhalb der Betriebszeiten aus haftungs- und ordnungsrechtlichen Gründen ablehnt, wird sie beauftragt, alternative Entlastungsmöglichkeiten im Umfeld der Pregelstraße zu prüfen. Dabei sind insbesondere städtische Flächen, zeitlich begrenzte Parkregelungen und mögliche Kooperationen mit Eigentümern größerer Stellplatzflächen im Umfeld einzubeziehen.

7. Vorlage eines konkreten Umsetzungsvorschlags

Die Verwaltung legt der Bezirksvertretung spätestens zur übernächsten Sitzung einen konkreten Umsetzungsvorschlag mit Zeitplan, Zuständigkeiten und Bewertung der rechtlichen Umsetzbarkeit vor.

Begründung:

Die Parkplatzsituation in der Pregelstraße ist nach Rückmeldungen aus der Anwohnerschaft weiterhin völlig unbefriedigend. Insbesondere regelwidriges Parkverhalten, das Abstellen von Transportern und die mangelnde Reaktion auf telefonische Hinweise sorgen vor Ort für erheblichen Unmut.

Die Stellungnahme der Verwaltung bestätigt, dass im Jahr 2025 offiziell lediglich zwei Bürgerbeschwerden zur Parkplatzsituation in der Pregelstraße bei der Verkehrsüberwachung eingegangen seien. Zugleich teilt die Verwaltung mit, dass im Jahr 2025 insgesamt 138 Kontrollen durchgeführt und dabei 48 Parkverstöße festgestellt worden seien.

Diese Zahlen werfen Fragen auf. Wenn 48 Verstöße bei 138 Kontrollen festgestellt wurden, liegt offenkundig ein reales Problem vor. Zugleich steht die Angabe von nur zwei Bürgerbeschwerden in einem deutlichen Missverhältnis zu den Rückmeldungen aus der Anwohnerschaft. Dies deutet darauf hin, dass insbesondere telefonische Hinweise entweder nicht systematisch erfasst werden oder für die politische Bewertung der Lage nicht sichtbar sind.

Es reicht nicht aus, auf wöchentliche Regelkontrollen zu verweisen, wenn die Betroffenen vor Ort weiterhin keine spürbare Entlastung erleben. Entscheidend ist nicht, ob formal kontrolliert wird, sondern ob die Kontrollen zur richtigen Zeit, mit ausreichender Konsequenz und mit messbarer Wirkung stattfinden.

Die Ablehnung einer Freigabe des Kita-Parkplatzes außerhalb der Betriebszeiten begründet die Verwaltung mit Verkehrssicherungspflichten, Haftungsrisiken, möglicher ordnungswidriger Nutzung und organisatorisch nicht leistbarem Kontrollaufwand. Wenn diese Lösung nach Auffassung der Verwaltung ausscheidet, muss die Stadt aber umso mehr andere wirksame Maßnahmen prüfen und umsetzen.

Die Bezirksvertretung darf sich mit der Feststellung der Verwaltung nicht zufriedengeben, dass bereits kontrolliert werde. Vielmehr muss jetzt sichergestellt werden, dass Bürgerhinweise ernst genommen, Verstöße konsequent verfolgt und strukturelle Entlastungsmöglichkeiten geprüft werden.

Die Anwohner der Pregelstraße haben Anspruch auf Ordnung, Sicherheit und eine tatsächlich wirksame Verkehrsüberwachung – nicht nur auf statistische Beruhigung.

Mit freundlichen Grüßen

Gez.

Christos Papakostas
Fraktionsvorsitzender